

DIE LINKE. Bayern zieht mit Klaus Ernst und Nicole Gohlke in den Bundestagswahlkampf



Am 18. März 2017 hat DIE LINKE in Bayern ihre Landesliste für die Bundestagswahl am 24. September 2017 aufgestellt. Sie wird von Klaus Ernst und Nicole Gohlke angeführt, gefolgt von Susanne Ferschl (Platz 3), Harald Weinberg (Platz 4) und Simone Barrientos (Platz 5). Auf Platz 6 wurde Andreas Wagner, Direktkandidat im Wahlkreis Bad Tölz-Wolfratshausen/Miesbach gewählt.

Ausserdem wurden gewählt: Eva Schreiber (Platz 7), Erkan Dinar (Platz 8), Renate Schiefer (Platz 9), Frederik Hintermayr (Platz 10), Yenni Kellermann (Platz 11), Sebastian Sommerer (Platz 12), Brigitte Wolf (Platz 13), Anton Salzbrunn (Platz 14), Annemarie Fingert (Platz 15), Sebastian Misselhorn (Platz 16), Irmgard Freihoffer (Platz 17), Erich Utz (Platz 18), Helene Füllgraf (Platz 19), Roland Meier (Platz 20).

AKTUELLE MELDUNGEN DES ORTSVERBAND GERETSRIED-WOLFRATSHAUSEN

21. MÄRZ 2017

Andreas Wagner auf aussichtsreichen Listenplatz gewählt

Geretsried/Markt Erlbach - Die Partei DIE LINKE hat am Samstag in Markt Erlbach ihre Landesliste für die Bundestagswahl am 24. September 2017 aufgestellt. Andreas Wagner aus Geretsried wurde auf den aussichtsreichen Listenplatz 6 gewählt. Die bayerische Landesliste wird von Klaus Ernst und Nicole Gohlke angeführt, gefolgt von Susanne Ferschl... [Mehr...](#)

Keine Freihandelsabkommen auf Kosten der Kommunen, der bäuerlichen Landwirtschaft und des Grundwassers

Geretsried – Der Ortsverband der Partei DIE LINKE hat in einem Schreiben (siehe Anlage) an die Fraktionen der im Geretsrieder Stadtrat vertretenen Parteien eine gemeinsame Resolution gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA angeregt, die der Stadtrat beschließen soll. Aus Sicht der Partei DIE LINKE hätten die Abkommen TTIP,... [Mehr...](#)

8. FEBRUAR 2015

Andreas Wagner als Sprecher des Ortsverband bestätigt

Geretsried – Die Linke hat auf ihrer Mitgliederversammlung am vergangenen Mittwoch Andreas Wagner einstimmig als Sprecher des Ortsverband Geretsried-Wolfratshausen und Umgebung bestätigt. Als sein Stellvertreter wurde Günter Reschke gewählt – ebenfalls einstimmig. Er rückt an die Stelle von Uwe Schulz, der im November seine Amt als... [Mehr...](#)

AKTUELLE MELDUNGEN AUS DEN BEZIRKSTAGEN

Linke fordert Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG)

Bezirkstag soll Farbe bekennen Nirgendwo in Deutschland gibt es so viele psychiatrische Zwangseinweisungen wie in Bayern. Die Zahl der Zwangsunterbringungen hat sich in den letzten 10 Jahren in Bayern verdoppelt. Im Jahr 2011 gab es allein in Bayern 11.000 Zwangseinweisungen. In Nürnberg stieg die Zahl vom Jahr 2003 mit 230 Unterbringungen auf...

Der Ausverkauf hat begonnen

Kommunalunternehmen Bezirkskliniken Mittelfranken: Schließung der Wäscherei in Erlangen Hatte der neu berufene Interimsvorstand des Kommunalunternehmens Bezirkskliniken Mittelfranken (KU) Helmut Nawratil, Mitte September gegenüber der Presse noch erklärt: „Grundsätzlich geht es in der aktuellen Situation um eine Weiterentwicklung des Unternehmens...“

CSU, Freie Wähler und FDP sozialpolitisch im Abseits

DIE LINKE stellt Anträge zum Bezirkshaushalt 2013

AKTUELLE MELDUNGEN DES LANDESVERBAND

Verfassungsgerichtsurteil zur Kettenbefristung ist Etappensieg für Beschäftigte

„Das Urteil ist ein Etappensieg für die Beschäftigten, denn jetzt gibt es ein Schlupfloch weniger für Arbeitgeber“, kommentiert Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin für Gute Arbeit der Fraktion DIE LINKE, das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot von Kettenbefristungen, in dem es die bisherige...

Tarifbindung: Bayern ist mit 53% Westdeutschlands Schlusslicht

Landessprecher Ates Gürpınar ist schockiert: „Laut dem neusten Report haben nur noch 53% aller Beschäftigten in Bayern einen Tarifvertrag. Die Arbeitgeber verhindern die gewerkschaftliche Organisierung mit allen Mitteln. Bei Verträgen ohne Tarifbindung bestimmt der Arbeitgeber willkürlich über Arbeitszeit und Gehalt. Die...“

Altenpflege in Bayern: Personalnotstand gefährdet Gesundheit der Beschäftigten

Studie belegt: Pflegenotstand gefährdet Gesundheit der Beschäftigten in Bayern Harald Weinberg: „Mindestpersonalbemessung auch in der Altenpflege anpacken“ DIE LINKE fordert Pflegemindestlohn in Höhe von 14,50 Euro Einer heute veröffentlichten Studie der AOK Bayern zufolge, stieg die Zahl der Krankheitstage von Beschäftigten in bayerischen...

AKTUELLE MELDUNGEN DES BUNDESTAGSFRAKTION

Neuer Rundfunkstaatsvertrag ist nicht zeitgemäß

„Die gute Nachricht: Produktionen dürfen etwas länger in den Mediatheken bleiben, die 7-Tage-Frist wird aufgeweicht. Das ist überfällig, weil die Löschfristen Nutzer*innenfeindlich waren, außerdem muss eine angemessene Vergütung der Produzent*innen sichergestellt werden. Die schlechte Nachricht: Die Öffentlich-Rechtlichen dürfen im Netz weiterhin nur sehr eingeschränkt ihre Inhalte vermitteln. Der sogenannte Telemedienauftrag wurde dafür neu gefasst. Das Verbot von ‚presseähnlichen‘ Texten auf den Webseiten der Sender bleibt im Kern aber erhalten“, erklärt Doris Achelwilm, medienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Verständigung der Ministerpräsidentenkonferenz auf eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags.

Finanzminister Scholz schützt Steueroasen

„Die Bundesregierung verhindert unter Finanzminister Scholz steuerliche Transparenz von Konzernen. Diese ist jedoch entscheidend, um aggressive Steuervermeidung überhaupt sichtbar zu machen“, kommentiert Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, die heute in der zuständigen Arbeitsgruppe des Rats der Europäischen Union anstehenden – möglicherweise finalen – Verhandlungen zur öffentlichen länderspezifischen Berichterstattung (country by country reporting), wonach Unternehmen Kennzahlen wie Umsätze, Gewinne und Steuern öffentlich nach Ländern aufschlüsseln müssen.

Dieselskandal: Bußgelder gegen VW längst überfällig

„Zum wiederholten Mal bügelt die Justiz die Fahrlässigkeit der Regierung im Umgang mit der Autoindustrie aus. Das von der Staatsanwaltschaft Braunschweig verhängte Bußgeld gegen VW ist zu begrüßen und längst überfällig. Die Bundesregierung kriegt ein weiteres Mal vor Augen geführt, dass sie im Abgasskandal keine Regierungsverantwortung getragen hat. Erst die Diesel-Fahrverbote, dann die Klage der EU-Kommission wegen der Nichteinhaltung der Luftqualität und nun das Milliarden-Bußgeld für VW – zum dritten Mal müssen Gerichte ein Machtwort sprechen“, erklärt Ingrid Remmers, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der verhängten Strafzahlungen von einer Milliarde Euro an VW.

AKTUELLE MELDUNGEN DER BUNDESPARTEI

QUELLE: [HTTP://WWW.DIELINKE-GERETSRIED.DE/POLITIK/AKTUELLES/](http://www.dielinke-geretsried.de/politik/aktuelles/)